

Beschäftigtendatenschutz

Echter Schutz geht anders

Überwachungsskandale bei Unternehmen wie Lidl, der Deutschen Bahn oder der Telekom haben gezeigt, dass es klarer Regelungen zum Schutz der Beschäftigten vor Bespitzelung bedarf. Schwarz-Gelb hat reagiert und am 25. August einen Gesetzentwurf für den Beschäftigtendatenschutz vorgelegt. Aus Sicht von DGB und Gewerkschaften ist der aber kaum geeignet, „um Beschäftigte in Zukunft wirksam zu schützen“, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Wir fordern handfeste, konkrete Bestimmungen und Verbote zum Schutz der Beschäftigten statt Gummiparagrafen für die Arbeitgeber.“ Statt dessen schaffe der Entwurf erstmals eine Rechtsgrundlage, die das Ausspionieren von Beschäftigten im Arbeitsverhältnis ausdrücklich ermöglicht. Die Pläne der Bundesregierung seien ein Beispiel für „miserables Regierungswerk“, urteilt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

Die Gewerkschaften erwarten, dass der Entwurf im parlamentarischen Verfahren nachgebessert wird. Immerhin: Die Gesetzesvorlage enthält gegenüber den im



Frühjahr bekannt gewordenen Eckpunkten des Innenministeriums zum Beschäftigtendatenschutz (einblick 06/10) einige – wenige – Klarstellungen. So soll eine heimliche Videoüberwachung am Arbeitsplatz künftig auch in Ausnahmefällen nicht zulässig sein. Andererseits könnte aber die offene Videoüberwachung zum Alltag werden – und sogar zur Verhaltens- und Leistungskontrolle sowie zur Qualitätskontrolle eingesetzt werden. Das lehnen DGB und Gewerkschaften entschieden ab.

Verstöße gegen das informationelle Selbstbestimmungsrecht – insbesondere auch von Beschäftigten – sind nach wie vor Alltag. Mit einem eigenen Aufruf unterstützt der DGB-Bundesvorstand deshalb die Demonstration „Freiheit statt Angst“ für einen besseren Datenschutz am 11. September in Berlin.

Für eine falsche Weichenstellung hält der DGB-Vorsitzende auch die im Gesetz vorgesehene Regelung zur Korruptionsbekämpfung. Ihre Aufklärung gehöre in die Hände von Polizei und Staatsanwaltschaft und nicht in die

Hände der Arbeitgeber. Anonymisierte Datenabgleiche bis hin zu eigenen Ermittlungen mit einer zusätzlichen Datenerhebung durch den Arbeitgeber seien das Gegenteil eines echten Arbeitnehmerdatenschutzes. „Damit wird der Bespitzelungsskandal bei der Bahn, der zu Recht zum Rücktritt des damaligen Vorstandsvorsitzenden Mehdorn geführt hat, im Nachhinein gerechtfertigt“, so Sommer.

Aufs Schärfste kritisieren DGB und Gewerkschaften, dass Arbeitgeber auch künftig durch ärztliche Untersuchungen und weitere Eignungstests das Profil der BewerberInnen ausleuchten dürfen. Es würden nicht mal konkrete Verbote ausgesprochen, etwa von Fragen wie der nach einer Schwangerschaft. Eine elementare Verschlechterung von Arbeitnehmerrechten sei, sagt Sommer, dass Arbeitgeber jetzt neu unter bestimmten Voraussetzungen ärztliche Untersuchungen und Eignungstests von bereits Beschäftigten verlangen können sollen. ●

plusminusBERLIN

+ Jan Korte (Die Linke) fordert, das SWIFT-Abkommen sofort auszusetzen. Es entspreche weder dem Grundgesetz noch dem europäischen Datenschutzniveau. Die vorgesehene Speicherdauer von fünf Jahren sei unverhältnismäßig, die Klagemöglichkeiten seien lachhaft.

- Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) begrüßt das SWIFT-Abkommen. Er hält es für „betroffenenfreundlich“. Sein Rat an die BürgerInnen: Bei falschem Verdacht ganz einfach die Datenschutzbehörde kontaktieren, diese leite die Anfrage dann an die USA weiter.

Seite 3

Rente mit 67

Nur jeder vierte ältere Arbeitslose über 55 findet wieder Zugang zum Arbeitsmarkt

Seite 5

Globale Jugendarbeitslosigkeit

81 Millionen weltweit arbeitslos – die ILO warnt vor einer „verlorenen Generation junger Menschen“

Seite 7

Ein New Deal für Europa

Stephan Schulmeister, Wirtschaftsforscher aus Österreich, empfiehlt eine expansive Gesamtstrategie gegen die Krisenfolgen



Der Surf-Tipp fürs Internet

xlurl.de/codelq38289.html

50 Jahre Jugendarbeitschutzgesetz

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Freiheit statt Angst – Aufruf des DGB zur Datenschutz-Demonstration „Freiheit statt Angst“ am 11. September 2010 in Berlin

Energiekonzept

Effizienz statt Laufzeitverlängerung

IG Metall und IG BAU haben in einer gemeinsamen Stellungnahme mit Umwelt- und Verbraucherverbänden ein Energiekonzept ge-

fordert, das auf Energieeffizienz statt auf Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken setzt. Sie fordern die Regierung zudem auf, die im Sparpaket für 2011 angekündigte Milliarden-Kürzung bei der energetischen Gebäudesanierung zurückzunehmen. Nur so könne die Bundesregierung ihre Klimaschutzziele erreichen und wichtige Impulse für eine zukunftsfähige Energieversorgung geben.

Die verstärkte Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen würde die Energiekosten für Wirtschaft

und Verbraucher deutlich senken und etwa 850 000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Ein ambitioniertes Energieeffizienzgesetz könne wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz zum Job-Motor werden und langfristig Arbeitsplätze sichern, sagte IG Metall-Vorstand Wolfgang Rhode. Will die Bundesregierung klimapolitisch glaubwürdig bleiben, „muss sie die Streichungspläne bei den CO₂-Gebäudesanierungsprogrammen ad acta legen“, so Martin Mathes, Leiter der Abteilung Wirtschafts-, Bau- und Arbeitsmarktpolitik der IG BAU. Durch die Kürzung würden über 100 000 Arbeitsplätze im Handwerk gefährdet.

DGB lehne Sachleistungen nicht per se ab, aber „Instrumente, die einkommensarme Familien unter den Generalverdacht stellen, Geldleistungen Zweck zu entfremden, sehen wir kritisch“.

Bankenabgabe

Hedge-Fonds kommen davon

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hat die von der Bundesregierung geplante Bankenabgabe begrüßt: „Die Bankenabgabe kommt zwar spät, geht aber in die richtige Richtung.“ Gleichzeitig bezweifelt er aber, dass dadurch künftige Krisen verhindert werden können. „Das vorgelegte Gesetz hat da noch erhebliche Defizite“, kritisierte das für Wirtschaft zuständige Vorstandsmitglied. Zudem stehe die Beteiligung der Krisenverursacher weiterhin aus: „Daran ändert die Bankenabgabe nichts.“ Dass Versicherer und Hedge-Fonds ausgenommen bleiben, sei ökonomisch und ordnungspolitisch falsch. „Denn auch diese Finanzmarktakteure können erhebliche systemische Krisen verursachen“, betonte er. Immerhin sei die Bankenabgabe nicht steuerlich absetzbar.

Zu dem im Gesetz verankerten Insolvenzverfahren sagte Matecki: „Ich begrüße, dass die Banken ihr Testament machen sollen. Schließlich sind Staaten und Steuerzahler in der Finanzkrise mit dem Argument der Systemrelevanz der Banken in Geiselhaft genommen worden.“ ‚Too Big to fail‘ dürfe zukünftig nicht mehr gelten. Es sei deshalb vernünftig, das interne Geflecht einer Großbank für die Politik und die Aufsicht transparent zu machen. Auch aus ordnungspolitischer Sicht sei es sinnvoll, die Frage der Zerschlagung der Großbanken schon vor dem Eintreten einer Krise zu diskutieren und gegebenenfalls ihre Zerlegung in kleine, unabhängige Einheiten einzuleiten, bevor es wieder zu spät sei, stellte Matecki klar.

Anzeige

VERSICHERUNGSFORUM
Tagungsreihe des Verlags Versicherungswirtschaft GmbH

Tagesseminar

Produkt- und Rechtsfragen der betrieblichen Altersversorgung

www.vvw.de

Antidiskriminierung

Pilotprojekt Bewerbung

In einem Pilotprojekt testen fünf Unternehmen und das Bundesfamilienministerium ab diesem Herbst anonymisierte Bewerbungsverfahren. Nach Angaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sollen die Bewerbungen kein Foto und keinen Namen enthalten und auch auf Angaben über Alter, Geschlecht, Familienstand und Herkunft verzichten. Ziel sei, dass allein die Qualifikation darüber entscheide, wer zum Bewerbungsgespräch eingeladen wird. Der einjährige Test soll wissenschaftlich

durch das Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) und die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Europa-Universität Viadrina (KOWA) ausgewertet werden. Beteiligte Unternehmen sind u.a. die Deutsche Post, die Telekom, das Kosmetikunternehmen L'Oréal und der Konzern Procter & Gamble.

Bildung

Chipkarten keine Lösung

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen plant, über eine Chipkarte den Zugang armer Kinder zu außerschulischen Angeboten der Bildung und Teilhabe zu fördern. Ab dem Sommer 2011 soll die Anwendung von Bildungs-Chipkarten in 40 Pilotregionen erprobt werden.

DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach fordert stattdessen kostenlose Schulspeisung für Alle und mehr Geld für die Bildungsinfrastruktur. „Ich befürchte, dass mit dem Bildungschip ein System aufgebaut wird, das zur Stigmatisierung der Kinder von Hartz IV-Bezieher führt und gleichzeitig die Bürokratie in Deutschland befördert“, so Buntenbach. Der

Anzeige

VERSICHERUNGSFORUM
Tagungsreihe des Verlags Versicherungswirtschaft GmbH

28. September 2010
Köln, Tagungszentrum
VersicherungsForum
Preis 480,- €*
*zzgl. MwSt

www.vvw.de

Antikriegstag

DGB: Raus aus Afghanistan

Der DGB fordert anlässlich des Weltfriedenstag am 1. September ein Ende des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan. „Der Krieg ist mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen“, heißt es im Aufruf. Stattdessen brauche das Land Unterstützung beim Aufbau der Zivilgesellschaft. „Dazu gehört die Unterstützung der afghanischen

Frauen sowie der ländlichen Bevölkerung.“ Zudem fordert der DGB, den Umbau der Bundeswehr „zur weltweit aktiven Interventionsarmee zu stoppen und an der Wehrpflicht festzuhalten. Eine faktische Abschaffung der Wehrpflicht ohne breite gesellschaftliche Debatte lehnen wir entschieden ab“.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Anzeige

VERSICHERUNGSFORUM
Tagungsreihe des Verlags Versicherungswirtschaft GmbH

Weitere Informationen:
Claudia Dinges
Telefon: 0721/35 09-139
Telefax: 0721/35 09-205
E-Mail: versicherungsforum@vwv.de

www.vvw.de

„Altersarmut ist eine reale Gefahr“

Kommt sie oder kommt sie nicht? Und wenn ja, wann? Während CDU und FDP an den Plänen festhalten, die Rente mit 67 ab 2012 schrittweise einzuführen, will die SPD erst zustimmen, wenn mindestens die Hälfte der 60- bis 64-Jährigen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat.

Kurzzeitig hatte von der Leyen gar von einem „Jobwunder“ für ältere ArbeitnehmerInnen gesprochen, musste dann aber zurückrudern, als klar wurde, dass nur 21,5 Prozent der 60- bis 64-Jährigen derzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Statt die „schlechte Arbeitsmarktsituation Älterer zu beschönigen“, forderte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach die Regierung auf, die Lage Älterer auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern: „Gute Arbeitsbedingungen für Jung und Alt, altersangemessene Arbeitszeitregelungen, vorbeugende Gesundheitsförderung in den Betrieben und bessere Weiterbildungsangebote.“

Momentan scheitert eine Verbesserung der Lage Älterer bereits an der Frage des Zugangs zum Arbeitsmarkt. Fast ein Drittel aller Arbeitslosen, nämlich 900 000, sind älter als 50 Jahre, und über 300 000 von ihnen sind länger als zwei Jahre arbeitslos. Nur jeder vierte ältere Arbeitslose über 55 Jahre findet überhaupt noch einmal Zugang zum Arbeitsmarkt. In der Gruppe der über 60-Jährigen sei die Arbeitslosigkeit in den vergangenen zwölf Monaten sogar um 50 Prozent angestiegen, so Buntenbach. „Heute muss die Hälfte der Altersrentner vor 65 mit Abschlagen in Rente gehen und verliert dabei im Durchschnitt 110 Euro Monatsrente. Und diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen vorher ausscheiden, werden mit Erwerbsminderungsrenten von ca. 640 Euro pro Monat abgespeist.“ Buntenbach warnt: „Altersarmut droht zu einem großen Problem zu werden. Besonders in Ostdeutschland spitzt sich die Situation wegen der hohen Arbeitslosigkeit und dem riesigen

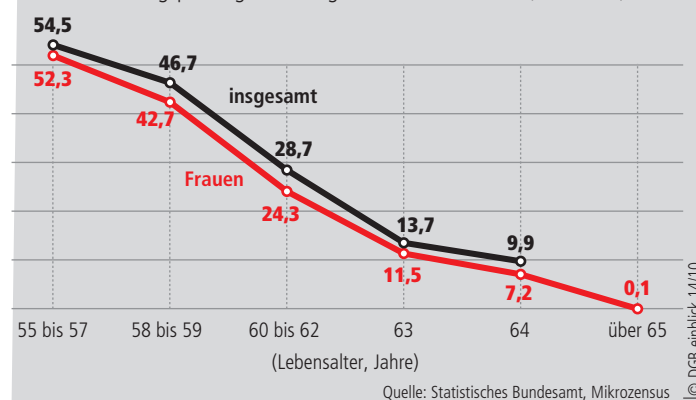
Niedriglohnssektor zu.“ Zentrale Fragen für die Gewerkschaften sind deshalb: Wie vermeiden wir Altersarmut? Wie sichern wir den Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen im Alter? Wie verbessern wir die gesundheitliche Prävention in den Betrieben? Wie ermöglichen wir flexible, den Lebensumständen angepasste Übergänge von der Arbeit in die Rente? Und wie sichern

sten nur noch eine Illusion, Altersarmut für viele eine reale Gefahr.“

Die Linke lehnt die Rente mit 67 grundsätzlich ab, von den anderen Parteien sind bisher nur die SozialdemokratInnen bereit, ihren eingeschlagenen Kurs zu ändern und die geplante Erhöhung zumindest auszusetzen. Ein „Schritt in die richtige Richtung“, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die SPD hätte

Arbeit bis zur Rente?

Sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren im Jahr 2008 (in Prozent)



In den vergangenen Jahren ist der Trend, ältere Beschäftigte durch jüngere zu ersetzen, zwar zurückgegangen. Doch während der Anteil der sozialversichert Beschäftigten insgesamt knapp 60 Prozent beträgt, ist deren Anteil in der Gruppe der 60-Jährigen gerade mal halb so hoch.

wir diejenigen besser ab, die aus gesundheitlichen Gründen nicht so lange arbeiten können?

„Ohne ernsthaft die Fakten zu überprüfen und sich mit der Lebenswirklichkeit der Menschen z.B. auf den Baustellen, in den Krankenhäusern und Kindergärten, am Hochofen oder auf den Werften auseinander zu setzen, schickt die Arbeitsministerin ältere Beschäftigte in die Altersarmut oder in die Langzeitarbeitslosigkeit“, kritisiert Buntenbach. „Rente mit 67, das wissen die Menschen, bedeutet für sie Rentenkürzung. Lebensstandardsicherung ist damit für die mei-

nerkannt, „dass die Rente mit 67 unter den gegebenen Rahmenbedingungen zu einer reinen Rentenkürzung verkommt“. Die Gewerkschaften erwarten, „dass die SPD in ihrem Wahlprogramm für das Jahr 2013 sehr klar Position bezieht – und dabei am besten die Rente mit 67 endgültig aufgibt und stattdessen soziale, gerechte und nachhaltige Reformen vorschlägt“. Da die Bundesregierung „weiterhin auf Konfrontationskurs“ ist, wollen die Gewerkschaften das Thema Rente mit 67 auch in ihre Herbstaktionen einbeziehen, kündigte Sommer an. ●

DGB-Studie: Arbeitslosigkeit macht krank

Wer arbeitslos wird, erlebt dies meist als schwere Belastung, die weit über finanzielle Einschränkungen hinausgeht. Die psychischen Belastungen wirken sich auch auf die Gesundheit aus. Nach einer DGB-Studie der Abteilung Arbeitsmarktpolitik sind Arbeitslose wesentlich häufiger krank als Erwerbstätige. „Es lassen sich drastische Unterschiede belegen: Depressivität, Hoffnungslosigkeit und Hilflosigkeit bis hin zur Resignation sowie ein verringertes Selbstwertgefühl, geringeres Aktivitätsniveau und Einsamkeit stellen wesentliche Symptome einer schlechteren psychischen Gesundheit von Arbeitslosen dar“, so die Studie.

„Um die gesundheitsschädigenden Folgen von Arbeitslosigkeit abzufangen, brauchen wir geeignete Maßnahmen zur Vorbeugung. Dafür müssen alle Beteiligten – in der Arbeitsvermittlung, den Krankenversicherungen und der regionalen Gesundheitsversorgung – vernetzt zusammenarbeiten und neue Wege beschreiten“, fordert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Unsichere Beschäftigung im Niedriglohnssektor oder Ein-Euro-Jobs sind für die Gewerkschafterin keine Alternativen, denn sie „verschleiben die Betroffenen genauso wie dauerhafte Arbeitslosigkeit“.

Studie „Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit“:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

DGB-Jugend

Rechte von Azubis

Das neue Ausbildungsjahr hat begonnen. Mit dem Ratgeber „Gemeinsam gewinnen – Deine Rechte in der Ausbildung“ steht die DGB-Jugend allen Azubis zur Seite. Worauf muss ich in meinem Arbeitsvertrag achten? Was für Mitspracherechte

habe ich? Und: Wie viel Urlaub steht mir zu? Diese und viele weitere Fragen werden anschaulich und zusätzlich mit praxisnahen Tipps beantwortet. Außerdem: Ein Lexikon klärt die wichtigsten Begriffe zum Berufseinstieg. Der Ratgeber kann kostenfrei als pdf-Datei im Internet heruntergeladen werden. Ein Exemplar kostet 10 Cent zuzüglich Porto und Versand. •

www.dgb-bestellservice.de

NGG und EFFAT

Netzwerk aufbauen

Die Gewerkschaft NGG und die Europäische Gewerkschaftsföderation für den Landwirtschafts-, Nahrungs- und Tourismussektor (EFFAT) laden vom 15. bis 18. September zur internationalen Cocoanet.EU Konferenz nach Oberjosbach ein. Ziel des von der EU geförderten Projektes ist es, ArbeitnehmervertreterInnen, Eurobetriebsräte und Unternehmen zu vernetzen – um die ökologischen und sozialen Bedingungen in der Kakao- und Schokoladenbranche zu verbessern. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Archiv der Jugendkulturen

Existenz sichern

Das Berliner Archiv der Jugendkulturen e.V. bittet um Spenden, um den Fortbestand dieser gemeinnützigen Einrichtung zu sichern. Zudem will der Verein eine Stiftung gründen. Das Ziel: Auf Dauer müssten wenigstens eine oder zwei hauptamtliche Stellen und die Sicherung der Grundkosten gewährleistet sein. Dies sei zurzeit nicht gegeben, erklären die Verantwortlichen. Vereinsmitglieder oder MitarbeiterInnen spenden privat Gelder, um die laufenden Kosten zu bestreiten. „Damit ist die Existenz

dieser in Europa einmaligen Einrichtung in regelmäßigen Abständen akut gefährdet.“ Um die Stiftung zu gründen, müssten insgesamt 100 000 Euro zusammenkommen. Bei Redaktionsschluss waren knapp 12 000 Euro eingegangen. Das Archiv der Jugendkulturen sammelt und archiviert Zeitschriften, Tonträger, Flyer oder Konzertplakate und stellt diese Sammlung der Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung. **Spendenkonto:** Kontonummer: 1241383853, Bankleitzahl 500 502 01, Bank: 1822direkt Frankfurter Sparkasse, Konto-Inhaber: Klaus Farin, Verwendungszweck: Spende Stiftung. •

www.jugendkulturen.de

Leitfaden für Arbeitslose

Unverzichtbar

Bereits in der 27. Auflage ist jetzt der neue „Leitfaden für Arbeitslose“ erschienen. Gewohnt übersichtlich und detailliert hat das Arbeitslosenprojekt „Tu Was“ den bewährten Ratgeber gründlich überarbeitet. Der praxisnahe Ratgeber gehört in jede Beratungsstelle von Initiati-

ven, Gewerkschaften und Verbänden und ist auch für Nicht-Profis ein wichtiger Begleiter. •

Arbeitslosenprojekt „TuWas“ (Hrsg.), Fachhochschulverlag, 702 Seiten, 15 Euro

interregio

••• 60 Jahre **IG Metall Baden-Württemberg** – mit einer ausführlichen **Chronik** feiert der IG Metall-Bezirk sein Bestehen. Auf 185 Seiten beschreiben die Autorinnen politische Erfolge, tarifliche Meilensteine und die wichtigsten betrieblichen Auseinandersetzungen. Angereichert mit vielen Bildern und Kurzbiografien der zentralen Köpfe – von Hans Brümmer, Eugen Loderer, Willi Bleicher bis zu Walter Riester – wirft die Chronik auch ein Licht auf die biografischen Werdegänge vieler GewerkschafterInnen im „Ländle“.

Fattmann, Rainer; Faber, Jochen: Strategie Zukunft – 60 Jahre IG Metall Baden-Württemberg; INFO&IDEE Medienverlag, Ludwigsburg, 185 Seiten, 19,90 Euro

••• Der **DGB Sachsen** und der Verein „Gewerkschaften helfen“ rufen angesichts der aktuellen Flutkatastrophe in Sachsen zu **Spenden** für die Betroffenen auf. Im Aufruf heißt es: „Unser Mitgefühl gilt den Betroffenen dieser erneuten Hochwasserkatastrophe, die Sachsen, Tschechien und Polen heimgesucht hat.“ Die DGB-Bezirksvorsitzende Iris Klopich fordert die Landesregierung zudem auf, den Haushaltsentwurf 2011/12 zu überarbeiten: „Ein Sparhaushalt in der jetzigen Situation behindert den Wiederaufbau und schwächt die Wirtschaft.“ Außerdem sei es nun notwendig, eine Strategie zu entwickeln, um die Gefahr des Hochwassers in den kommenden Jahren einzudämmen. Das Spendenkonto: Verein Gewerkschaften helfen, SEB Bank, Bankleitzahl 300 101 11, Kontonummer 1756906400, Stichwort „Hochwasserhilfe 2010“.

www.dgb-sachsen.de

„Mitbestimmung senkt Krisenanfälligkeit“



Foto: Schmitzger

Katy Hübner (32), seit sechs Jahren hauptamtlich beschäftigt bei der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie, ist **Aufsichtsrätin des Monats Juli**. Die Bundesjugendsekretärin der IG BCE vertritt die ArbeitnehmerInnen in den Aufsichtsräten von ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, ESSO Deutschland GmbH und ROC (Retail Operating Company Deutschland GmbH). Für sie „ist Mitbestimmung das beste Instrument

gegen die Ideologie der grenzenlosen Gewinnmaximierung. Denn Mitbestimmung hat immer ein Interesse an langfristiger und nachhaltiger Entwicklung – und das senkt die Krisenanfälligkeit“.

„Wissenschaftlicher Sachverstand“



Foto: Kortenkamp

Werner Nienhüser (56) ist **Aufsichtsrat des Monats August**. Er vertritt als „weiteres“ Mitglied im Aufsichtsrat der Georgsmarienhütte Holding GmbH die Interessen der ArbeitnehmerInnen. Nienhüser ist Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Universität Duisburg-Essen. Seine Schwerpunkte in Lehre und Forschung: Arbeit, Personal und Organisation. „Im Aufsichtsrat setze ich meinen wissenschaftlichen Sachverstand im Bereich Personalmanagement im Interesse der ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer ein.“ Nienhüser ist Mitglied der GEW und Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung.



Aufsichtsrat des Monats

www.dgb.de/lp0K

GEWERKSCHAFTEN

Jugendarbeitslosigkeit global

Die verlorene Generation

Rund 81 Millionen Jugendliche waren Ende 2009 weltweit arbeitslos – ein trauriger Rekord. Schuld daran ist laut „ILO Global Employment Trends for Youth 2010“ die Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO warnt vor einer „verlorenen Generation junger Menschen“.

Geht man von weltweit etwa 620 Millionen erwerbsfähigen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren aus, dann ergibt dies laut ILO eine Arbeitslosenquote von 13,0 Prozent. Damit erreicht die globale Jugendarbeitslosigkeit ein bisher noch nicht gemessenes Ausmaß. Die ILO-ForscherInnen erwarten, dass die Quote 2010 auf 13,1 Prozent steigen wird. Der seit 2002 rückläufige Trend ist durch die Krise abrupt beendet worden. Dies wird „erhebliche Folgen für junge Menschen haben, wenn die folgenden Jahrgänge in den Arbeitsmarkt eintreten und zu denen hinzukommen, die jetzt schon keine Arbeit haben“, prognostiziert die ILO. Besonders massiv trifft die Krise Jugendliche in den Entwicklungsländern. 90 Prozent aller Jugendlichen weltweit leben dort, ihnen drohen Unterbeschäftigung und Armut. Sharan Burrow, Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), warnt: Gerade in diesen Ländern werde „die steigende Jugendarbeitslosigkeit durch die rund 152 Millionen jungen Menschen, die in die Kategorie der „arbeitenden Armen“ fallen und in extremer Armut gefangen sind, weiter verschärft“.

Der ILO-Bericht zeigt, dass 2008 ein Großteil der jungen Armen in den Entwicklungsländern im „immer überfüllteren“ informellen Sektor arbeitete und von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag leben musste. Besonders schlechte Chancen auf einen existenzsichernden Job haben junge Frauen im Mittleren Osten und im Norden Afrikas. Dort hatten 2009 nur zwei von zehn jungen Frauen einen Job – bei den jungen Männern waren

es vier von zehn. Weltweit liegt die Arbeitslosenquote von jungen Frauen mit 13,2 Prozent um 0,3 Prozent höher als bei jungen Männern (12,9 Prozent). Eine Ausnahme sind die entwickelten In-

Trauriger Rekord

Weltweite Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit (in Millionen)



Die ILO geht davon aus, dass die Arbeitslosenquote von jungen Menschen auch 2010 noch steigen wird - auf 13,1 Prozent. Damit wären weltweit mehr als 81 Millionen Jugendliche arbeitslos. Erst für 2011 rechnen die ForscherInnen mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 12,7 Prozent.

dustrienationen – hier sind junge Männer häufiger arbeitslos als ihre Altersgenossinnen.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock kritisiert die weltweite Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit scharf: „Die aktuellen Zahlen belegen, dass gerade junge Menschen, die vor dem Eintritt in das Berufsleben stehen, besonders stark von der Krise betroffen sind. Sie müssen ausbaden, was sie selbst nicht verursacht haben.“ Dass Deutschland mit einer Arbeitslosenquote von 8,8 Prozent bei den unter 25-Jährigen im internationalen Vergleich ganz gut abschneidet, habe „eindeutig mit dem dualen Ausbildungssystem zu tun“, so Sehrbrock. Sorge mache vor allem der hohe Anteil von unsi-

cher beschäftigten Jugendlichen in Leiharbeit, Befristung, in Minijobs und unbezahlten Praktika. Zudem sei die Quote der jungen Langzeitarbeitslosen auch in Deutschland hoch. Weit über 25 Prozent haben nach mehr als zwölf Monaten noch keine neue Beschäftigung gefunden, betont Sehrbrock. „Angesichts dieser Zahlen sind die Schreckensszenarien, die die Arbeitgeber regelmäßig zeichnen – sei es Fachkräftemangel oder freie Ausbildungsplätze, die nicht besetzt werden können – der blanke Hohn.“ Der DGB fordert deshalb,

Beschäftigungsbrücken für junge Menschen zu bauen. Ein sinnvolles Instrument sei dabei etwa die Altersteilzeit – nach der Devise: jung für alt. Außerdem müsse unsichere Beschäftigung begrenzt werden, die Potenziale von Migrantinnen und Migranten sollten besser genutzt und im Ausland erworbene Qualifikationen leichter anerkannt werden, meint Sehrbrock.

Sharan Burrow nimmt bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auch die internationale Gewerkschaftsbewegung in die Pflicht: „Auch wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen mehr tun, um junge Menschen zu erreichen.“ Deren Anliegen gehörten ganz oben auf die gewerkschaftliche Agenda. ●

Hände weg vom Jugendarbeitschutz!

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will laut Koalitionsvertrag die Axt an das Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) legen. Sie will damit „Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe“ abbauen. Die DGB-Jugend kritisiert dieses Vorhaben massiv: „Eine derartige Diffamierung des Jugendarbeitsschutzes als Ausbildungshemmnis muss scharf zurückgewiesen werden.“ Um gegen das schwarz-gelbe Vorhaben zu mobilisieren, hat die DGB-Jugend die Postkartenaktion „Hände weg vom JArbSchG“ gestartet. Die gesammelten Unterschriften will die DGB-Jugend der Bundesregierung „zur gegebenen Zeit“ zukommen lassen.

Das Jugendarbeitsschutzgesetz konnte in diesem Jahr sein 50-jähriges Jubiläum feiern. Unter anderem regelt das Gesetz Pausen- und Arbeitszeiten und sorgt für genügend Nachtruhe für minderjährige ArbeitnehmerInnen.

Mehr zur Aktion:
www.dgb-jugend.de

kurz&bündig



Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, hat den so genannten „Energiepolitischen Appell“ pro Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke nicht unterschrieben. Anderslautende Meldungen sind, so die IG BCE, „schlicht falsch“. Auf einer Betriebsräteversammlung am 31.8. will die IG BCE ihre Anforderungen an eine „nachhaltige Energiepolitik“ präzisieren.
www.igbce.de



ver.di warnt im Vorfeld der Tarifrunden für Zeitungen und Zeitschriften vor neuen Sparorgien. Selbstverständlich sei ver.di offen für einen Dialog über Zukunftsstrategien in Verlagen. Bedingung dafür sei allerdings der Erhalt der Personalstärke und der Verzicht auf Lohndumping.



Die GdP hat Vorschläge zurück gewiesen, nach denen die Namen und Aufenthaltsorte von Sexualstraftätern im Internet veröffentlicht werden sollen. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Der Pranger war ein Instrument des Mittelalters.“



Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg fordert die Bundesregierung auf, Beschäftigte vor den Folgen der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai 2011 zu schützen. Es gebe nur eine Antwort: „Das ist ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro.“

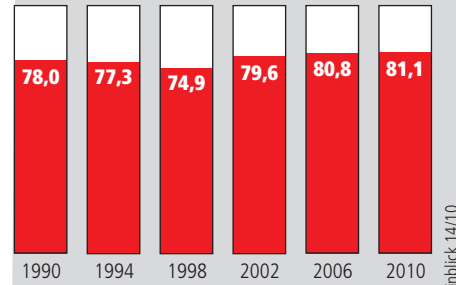
Betriebsratswahlen 2010

Betriebsräten den Rücken gestärkt

Vom 1. März bis 31. Mai fanden die turnusgemäßen Betriebsratswahlen statt. Seit Mitte Juli liegt die erste Zwischenauswertung der Ergebnisse vor. Ein von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt bestätigt vor allem folgende Trends: Die Wahlbeteiligung steigt auf hohem Niveau weiter auf nunmehr über 81 Prozent. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Betriebsräte bleibt relativ stabil bei 77,3 Prozent. Und die Betriebsräte werden – auch dank der 2001 eingeführten Minderheitenquote bei Betriebsratswahlen – immer weiblicher: 24,8 Prozent aller neu gewählten Betriebsräte sind Frauen. „Die Belegschaften haben ihren gewerkschaftlichen Vertretern den Rücken gestärkt. Betriebsräte waren die wirklichen Krisenmanager im letzten Jahr. Die Beschäftigten haben das belohnt“, betont DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Seit zwölf Jahren werden im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem DGB die Entwicklung der Betriebsratswahlen insbesondere im Organisationsbereich der vier größten DGB-Gewerkschaften untersucht.

Wahlbeteiligung gestiegen

Wahlbeteiligung bei den Betriebsratswahlen 1990 bis 2010 (in Prozent)



Quelle: Trendreport Betriebsratswahlen 2010 – Zwischenergebnisse kurz nach der Wahl, Juli 2010, Institut für Soziologie / Philipps-Universität Marburg, Daten 1990 – 1998: Büro für Sozialforschung Kassel © DGB einblick 14/10

In den Betrieben gibt es anders als bei politischen Wahlen keine Wahlverdrossenheit: Seit dem Tief von 1998 ist die Beteiligung an den Betriebsratswahlen kontinuierlich gestiegen auf über 81 Prozent 2010.

Wahlen 2002 und 2006 ausgewertet wurden. Der Abschlussbericht des Trendreports Betriebsratswahlen 2010 wird im Spätherbst

vorliegen und die Auswertung von Wahlergebnissen aus rund 35 000 Betrieben umfassen. ●

DGB-Broschüre

Rechte für Wanderarbeiter

Die Mobilität der ArbeitnehmerInnen wächst auch über Staatsgrenzen hinweg. Wenn Beschäftigte in einem anderen Land einen Job annehmen, wirft das viele Fragen auf. Aspekte der sozialen Sicherung stehen dabei im Vordergrund. Mit der Broschüre „Die sozialrechtliche

Absicherung von Wanderarbeitnehmern in Europa“ zeigt der DGB, worauf man innerhalb der EU achten muss. Geklärt werden u.a. Leistungsansprüche bei Krankheit, Arbeitsunfällen und der Rente. Die Broschüre richtet sich in erster Linie an GewerkschafterInnen, ehrenamtliche RichterInnen an Arbeits- und Sozialgerichten und Rechtsanwälte. Ein Exemplar kostet 1,50 Euro zuzüglich Porto und Versand. ● www.dgb-bestellservice.de

? ... nachgefragt



Foto: IG BAU

Die Beschäftigten im Betonwerk Westerwelle atmen auf – ihr Arbeitskampf war erfolgreich. Firmenboss Kai-Uwe Westerwelle musste einlenken und die Gründung eines Betriebsrates zulassen (einblick 10/2010). IG BAU-Gewerkschaftssekretär Bodo Matthey, 51, erklärt die aktuelle Lage im Herforder Betonwerk:

Beim Arbeitskampf im Betonwerk Westerwelle hatten wir drei Ziele: Erstens wollten wir einen Betriebsrat gründen. Zweitens sollten die Kündigungen gegen die Betriebsratskandidaten zurückgenommen werden, und drittens musste ein Haustarifvertrag her. Die Beschäftigten sind sehr froh, dass wir gemeinsam die ersten beiden Forderungen erkämpft haben. Die Verhandlungen für den Haustarifvertrag laufen. Eine unserer Bedingungen: Es dürfen nur noch LeiharbeiterInnen eingesetzt werden, deren

Firmen den von der DGB-Tarifgemeinschaft ausgehandelten Lohn zahlen. Persönlich befindet sich Herr Westerwelle gerade in einer Phase des Umbruchs. Die Zeiten, in denen er das Unternehmen nach Gutsherrenart geführt hat, sind nun vorbei. Die Demokratie hat in seinem Unternehmen Einzug gehalten – daran muss er sich jetzt gewöhnen. Ein positiver Nebeneffekt: Vor den Betriebsratswahlen waren gerade einmal zwei Mitarbeiter Gewerkschaftsmitglieder. Mittlerweile haben wir einen Organisationsgrad von 70 Prozent erreicht.

Lehren aus der Krise

Die Krise ist noch nicht überwunden

Die schwierigste Phase der Krise liegt noch vor uns. Davon ist der Wiener Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister überzeugt. Was wir aus der Krise lernen können, hat er für den einblick in zehn Thesen zusammengefasst.

1. Die große Krise **leitet den langsamen Zusammenbruch des Finanzkapitalismus ein.**

Diese Form einer Marktwirtschaft hat sich seit den 1970er Jahren ausgebreitet, die kapitalistische „Kernenergie“, das Gewinnstreben, konzentrierte sich dabei immer stärker auf Finanzveranlagung und -spekulation.

2. Nährboden des Finanzkapitalismus ist die neoliberale Weltanschauung. Die Aufgabe fester Wechselkurse samt Dollarentwertung, Ölpreisschocks, Rezessionen und hoher Inflation in den 1970ern sowie deren Bekämpfung durch eine Hochzinspolitik, die Deregulierung der Finanzmärkte und der Boom der Finanzinnovationen (Derivate) in den 1980ern, **all dies beruhte auf neoliberalen Empfehlungen.** Das Wirtschaftswachstum halbierte sich, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung stiegen.

3. Der Neoliberalismus nutzt die von ihm selbst geschaffenen Probleme zur weiteren Durchsetzung seiner Forderungen. Mit der Staatsverschuldung **wurden Sparpolitik und (damit) die Schwächung des Sozialstaats gerechtfertigt,** mit der Arbeitslosigkeit die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen, atypische Beschäftigung und die Senkung des Arbeitslosengeldes. Beide Entwicklungen haben das Wirtschaftswachstum weiter gedämpft und die Ungleichheit steigen lassen.

4. Die neoliberale (Reform-)Politik **stärkt die Mentalität des „Lassen wir unser Geld arbeiten“,** insbesondere durch die Förderung der kapital-„gedeckten“ Altersvorsorge, durch den Geldwert als Hauptziel der Politik, durch die Propagierung der „Kunst des Trading“, durch die Fixierung auf die Börse als Zentrum der Wirtschaft. All dies förderte die Finanzbooms seit den 1990er Jahren.

5. Mit den Booms auf den Aktien-, Rohstoff-, Devisen- und Immobilienmärkten **wurden Finanzwerte geschaffen, die keine realwirtschaftliche Deckung hatten** – das Potenzial für die große Krise war aufgebaut, es entlud sich ab 2007 durch die gleichzeitige Entwertung von Aktien-, Rohstoff- und Immobilienvermögen, Nachfrage und Produktion brachen ein.

6. Die Politik hat mit Banken- und Konjunkturpaketen **nur die Symptome der großen Kri-**

se bekämpft, ihre systemischen Ursachen blieben unberührt. Schlimmer noch: Die „Finanzalchemie“ boomt mehr denn je, egal ob durch Spekulation auf Staatspleiten, höhere Rohstoffpreise oder eine Euroabwertung. All dies wurde durch den Neoliberalismus legitimiert, also kann es von den Eliten nicht als Krisenursache wahr genommen werden („Zauberlehrlingssyndrom“).

7. Über drei Jahrzehnte hat die Umsetzung der neoliberalen Empfehlungen Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Armut steigen lassen, **den Sozialstaat geschwächt und das Potenzial für die große Krise aufgebaut.** Nun fordern die Eliten jene Therapien ein, die Teil der Krankheit sind: Senkung der Sozialausgaben, weitere Privatisierung, Schonung der Finanzvermögen, keine Konsolidierungsbeiträge der Vermögenden.

8. Die schwierigste Phase der großen Krise **liegt nicht hinter uns, sondern vor uns.** Bei neuerlich sinkenden Aktienkursen, hoher Arbeitslosigkeit, leeren Staatskassen, EU-weiter Sparpolitik sowie instabilen Wechselkursen und Rohstoffpreisen versuchen alle Sektoren, ihre Lage durch Ausgabensenkungen abzusichern: Unternehmer, Haushalte, Ausland und Staat. Das ist der Stoff für eine mehrjährige Krise.

9. In einer solchen Situation muss der Staat der Realwirtschaft nachhaltige Impulse geben, gleichzeitig aber auch seine Finanzlage stabilisieren. Dafür gibt es nur einen Weg: Er muss den Einkommensstärksten, insbesondere den Besitzern großer Finanzvermögen, **spürbare Konsolidierungsbeiträge abverlangen, und zwar aus ökonomischen Gründen:** Die „Reichen“ reagieren auf (leichte) Einkommensverluste nicht mit einer Einschränkung ihres Konsums, sondern ihres Sparens (im Gegensatz zu den Beziehern von Sozialleistungen). Mit diesen Mitteln soll eine expansive Gesamtstrategie finanziert werden, welche Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und Klimawandel „im Ganzen“ bekämpft.

10. Eine solche Strategie würde an die („realkapitalistische“) Tradition der sozialen Marktwirtschaft anknüpfen, sie würde die Kooperation zwischen Unternehmen und Gewerkschaften stärken, die „Finanzalchemisten“ in die Schranken weisen, und sie würde so den Übergang zu einem realkapitalistischen System ermöglichen, in dem **die Interessen von Arbeit und Realkapital Vorrang haben gegenüber den Interessen des Finanzkapitals.** •

Ein New Deal für Europa

Um die Krise zu überwinden, sollten die Staaten des europäischen Wirtschaftsraums auf eine expansive Gesamtstrategie setzen, die gleichzeitig Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und



Der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister, 62, Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, lehrt an der Universität Wien sowie an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Klimawandel bekämpft. Finanziert werden können die zusätzlichen Investitionen durch Konsolidierungsbeiträge der Einkommensstärksten. Das fordert Stephan Schulmeister. Die wichtigsten Komponenten dieser Strategie hat er in dem Buch „Mitten in der großen Krise. Ein ‚New Deal‘ für Europa“ (Picus Verlag Wien, 9,90 Euro, www.picus.at) beschrieben.

Stephan Schulmeister ist einer der Referenten einer DGB-Tagung in Berlin zur sozial gerechten Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise am 7. Oktober im Rahmen der Herbstaktionen der Gewerkschaften (einblick 13/10). Auch die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan sowie der Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber, Mitglied des Weltklimarates und Professor an der Uni Potsdam, werden an der Fortsetzung des DGB-Kapitalismuskongresses vom Mai 2009 teilnehmen.

Mehr dazu im nächsten einblick.

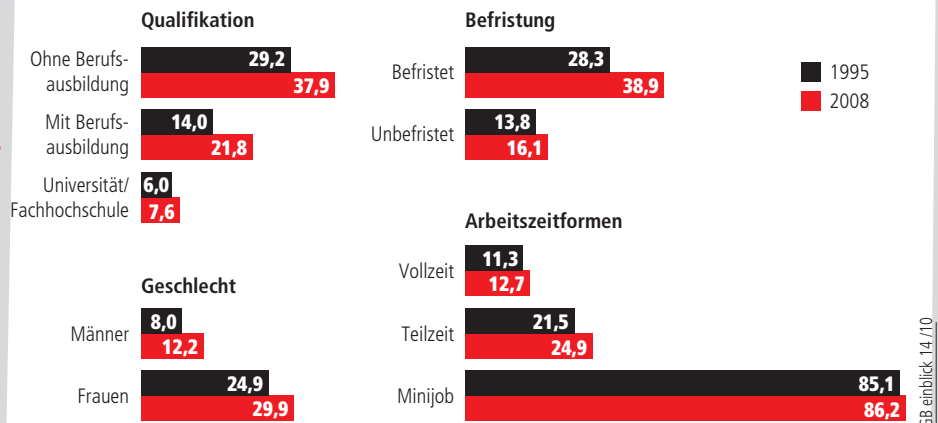
DIES & DAS

dieDGBgrafik

NIEDRIGLOHNJOBS: Boom in allen Bereichen

Der Niedriglohnsektor wächst rasant – und das in allen Bereichen, wie das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) feststellt. Besonders stark zugenommen haben befristete Niedriglohnjobs. Negativer Spitzenreiter sind weiterhin Minijobs: 86,2 Prozent aller MinijobberInnen gehören zu den NiedriglöhnerInnen. Mies sind auch die Verdienstmöglichkeiten der unter 25-Jährigen: 54,4 Prozent von ihnen erhalten Niedriglöhne. Stark zugenommen hat der Anteil bei den MigrantInnen – von 20,6 Prozent 1995 auf 38,9 Prozent 2008.

Anteil von Niedriglohnbeschäftigten in verschiedenen Kategorien (in Prozent)



Quelle: Institut für Arbeit und Qualifikation 2010

© DGB einblick 14/10

personalien

••• **Dorothea Braunert**, 44, ist ab 1. September neue Pressesprecherin in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation beim DGB-Bundesvorstand in Berlin. Die gelernte Journalistin

war bisher beim DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt beschäftigt und dort für das Organisationsreferat sowie für Frauen- und Gleichstellungspolitik zuständig.

Tipp

Buch: Rikica-Radmila Šložberg, Auf dich wartet noch das Leben..., Donat Verlag, Bremen 2010, 96 S., 12,80 Euro

Nach dem Bombardement Belgrads am 6. April 1941 besetzen deutsche Truppen die Stadt, und

sofort beginnt die Hatz auf Juden und Roma. Rikica-Radmila Šložberg überlebt den Holocaust, verliert dabei ihre Mutter, den Bruder und ihren Ehemann. Ein beeindruckender Bericht, der unter die Haut geht.

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB

Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke

Redaktion: Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Haidy Damm, Sebastian Henneke

Redaktionelle Mitarbeit: Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179

Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de,

E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240,

Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design

Infografik: Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonne-**

ments: Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Beleg-

exemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Ver-

lag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

1.9. DGB, Tagung „Rehabilitation in Deutschland – im Spannungsfeld zwischen hohen Erwartungen und starkem Preisdruck“, Berlin

1.-4.9. GEW, Konferenz „Traumjob Wissenschaft – Karriereweg in Hochschule und Forschung“, Templin

1./2.9. ver.di, Konferenz „Gesund trotz oder durch Arbeit?“, Göttingen

3.9. DGB-Region Leipzig Nordsachsen, Fachtagung „Kommunalpolitische Konferenz: Arbeit und Zukunft für die Menschen in Sachsen“, Leipzig

7./8.9. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Personalstrategien im Aufsichtsrat“, Lohr

8.9. DGB Sachsen und DGB Berlin-Brandenburg, Veranstaltung „Zeitenwende – 20 Jahre DGB in Ostdeutschland“ mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, Leipzig

9.9. DGB Nord und verschiedene Institutionen, Tagung „Verantwortung übernehmen im Norden“, Lüneburg

10.9. IQ-Consult, Veranstaltung „Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund“, Hannover

13.-16.9. TUC, „142. Gewerkschaftskongress“, Manchester (England)

14.9. DGB, Workshop „Ein neues Bündnis für Arbeit und Umwelt“, Berlin

Schlusspunkt.

„Im Bundesurlaubsgesetz ist der Mindesturlaub definiert. Alles andere ist Sache der Tarifparteien. Wenn Verbände der Meinung sind, der Urlaub müsse kürzer werden, müssen sie das mit den Tarifparteien verhandeln. Viel Spaß!“

Michael Fuchs, Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zum Vorstoß des Unternehmerverbandes Mittelständische Wirtschaft (UMW), den Jahresurlaub in Deutschland auf vier Wochen zu kürzen.

Eingetragene Lebenspartnerschaft

Auch Anspruch auf Hinterbliebenenrente

Die Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft bei der betrieblichen Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, die bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder zusatzversichert sind, ist grundgesetzwidrig. Dem Partner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft steht seit 2005 ein Anspruch auf Hinterbliebenenrente und Sterbegeld zu.

Bundesgerichtshof,
Urteil vom 7. Juli 2010 - IV ZR 161/09

Betriebsrat

Kann Internetzugang verlangen

Der Betriebsrat kann vom Arbeitgeber die Einrichtung eines Internetzugangs und einzelner E-Mail-Adressen für die Betriebsratsmitglieder verlangen, sofern berechnete Belange des Arbeitgebers dem nicht entgegenstehen. Die Beurteilung, ob Informations- und Kommunikationstechnik der Erfüllung von Betriebsratsaufgaben dient, ist Sache des Betriebsrats. Er hat dabei einen Beurteilungsspielraum.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 14. Juli 2010 - 7 ABR 80/10

Berufsausbildung

„Anlernverhältnis“ unzulässig

Nach dem Berufsbildungsgesetz ist die Ausbildung für einen anerkannten Ausbildungsberuf nur nach der Ausbildungsordnung zulässig. Die Ausbildung hat grundsätzlich in einem Berufsausbildungsverhältnis stattzufinden. Soll dies nicht vereinbart werden, kann auch ein Arbeitsverhältnis begründet werden. Es ist jedoch unzulässig, die Ausbildung in einem anderen Vertragsverhältnis durchzuführen, etwa einem „Anlernverhältnis“. Solche Verträge sind wegen des Gesetzesverstößes nichtig. Wird trotzdem ein „Anlernverhältnis“ eingegangen, ist es wie ein Arbeitsverhältnis zu behandeln. Zu zahlen ist die für Arbeitsverhältnisse übliche Vergütung.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 27. Juli 2010 - 3 AZR 317/08

Haftung des Arbeitgebers

Beweislast liegt beim Arbeitnehmer

Will der Arbeitnehmer Aufwendungsersatz für Unfallschäden am privaten PKW gegenüber dem Arbeitgeber geltend machen, so muss er die Umstände darlegen und beweisen, die eine grob fahrlässige Schadensverursachung ausschließen.

Landesarbeitsgericht Hamburg,
Urteil vom 9. April 2009 - 7 Sa 70/08

Widerspruch des Betriebsrats

Auf Kündigungsgrund richtig eingehen

Der Betriebsrat kann einer Kündigung widersprechen. Der Widerspruch muss sich dabei auf den vom Arbeitgeber vorgebrachten Kündigungsgrund beziehen. Es reicht nicht aus, dass der Betriebsrat sich auf einen Widerspruchgrund beruft, der einem andersartigen, vom Betriebsrat angenommenen Kündigungsgrund entgegensteht.

Landesarbeitsgericht Hamburg,
Urteil vom 6. April 2010 - 1 SaGa 2/10

Kinderreisebettfall

Kündigung nicht gerechtfertigt

Eine vorsätzliche Pflichtverletzung des Arbeitnehmers, die gegen die Vermögensinteressen des Arbeitgebers gerichtet ist, kann eine fristlose Kündigung rechtfertigen. Ob das Fehlverhalten einen „wichtigen Grund“ für eine fristlose Kündigung darstellt, ist unter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile zu beurteilen.

Der Fall: Der Arbeitnehmer ist beim Abfallentsorgungsunternehmen seit über acht Jahren in der Altpapierentsorgung beschäftigt. In einem Altpapiercontainer, dessen Inhalt zur Entsorgung anstand, fand er einen Karton mit einem Kinderreisebett. Er nahm es an sich, ohne den Arbeitgeber zuvor um Erlaubnis zu fragen. Daraufhin kündigte der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis außerordentlich fristlos und warf dem Arbeitnehmer Diebstahl vor, wobei dieser durch vorherige Abmahnungen darauf hingewiesen worden war, dass auch die Mitnahme zu entsorgender Gegenstände verboten und nur im Falle ausdrücklicher Gestattung durch den Arbeitgeber erlaubt sei.

Das Landesarbeitsgericht: Der Pflichtverstoß des Arbeitnehmers stellt zwar einen „Kündigungsgrund an sich“ dar. Das gilt vor allem unter Berücksichtigung einer zuvor erfolgten Abmahnung. Im Rahmen einer abschließenden Interessenabwägung genießt allerdings das Bestandsschutzinteresse des Arbeitnehmers Vorrang. Dies gilt vor allem angesichts des langjährigen störungsfreien Arbeitsverhältnisses und des fehlenden wirtschaftlichen Wertes des „Mülls“.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 10. Februar 2010 - 13 Sa 59/09

Zweite Eheschließung

Kann Kündigungsgrund sein

Auch bei Kündigungen in kirchlichen Einrichtungen sind grundlegende staatliche Rechtssätze zu beachten.

Der Fall: Der Arbeitnehmer, Chefarzt in einem katholischen Krankenhaus, und seine erste Ehefrau lebten seit 2005 getrennt. Nach weltlicher Scheidung der ersten Ehe im März 2008 schloss der Arbeitnehmer im August 2008 standesamtlich seine zweite Ehe. Der kirchliche Träger kündigte das Arbeitsverhältnis wegen dieser zweiten Ehe. Der dem Arbeitsverhältnis zugrunde liegende Arbeitsvertrag bedingt die Einhaltung der katholischen Glaubens- und Sittenlehre.

Das Landesarbeitsgericht: Es ist davon auszugehen, dass der Arbeitnehmer durch die erneute Eheschließung seine ihm nach kanonischem Recht obliegenden Loyalitätspflichten verletzt hat. Diese erneute Eheschließung ist danach ein Pflichtverstoß und als Kündigungsgrund geeignet. Das verfassungsrechtlich verbürgte Selbstbestimmungsrecht der katholischen Kirche ist durch die staatlichen Arbeitsgerichte zu achten. Zugleich müssen die Gerichte im Kündigungsschutzverfahren grundlegende staatliche Rechtssätze beachten. In diesem Fall wurde der Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt, weil das Krankenhaus mit protestantischen und katholischen Mitarbeitern gleiche Arbeitsverträge abgeschlossen hatte. Bei protestantischen Mitarbeitern wurde bei erneuter Eheschließung aber nicht zum Mittel der Kündigung gegriffen. Zudem wusste der Arbeitgeber bereits seit 2006 von dem eheähnlichen Verhältnis und ergriff keine arbeitsrechtliche Maßnahme. Nach dem Arbeitsvertrag war bereits dies ein Pflichtverstoß. Es ist unverhältnismäßig, wenn das Krankenhaus bei längerer Kenntnis von der eheähnlichen Gemeinschaft im Falle der erneuten Heirat sofort zum Mittel der Kündigung greift.

Landesarbeitsgericht Düsseldorf,
Urteil vom 1. Juli 2010 - 5 Sa 996/09